

**Auszug aus der Niederschrift
über die 02. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und
Digitalisierung am 20.04.2021**

**Zu TOP : 4.1
Beteiligung stärken
Einreicher DIE LINKE
Vorlage: AN 0264/2019**

Der Ausschussvorsitzende gibt für die anwesenden Gäste einen Rückblick zur Thematik.

Es wurden vorab bereits Fragen, welche an die Jugendlichen gestellt werden könnten, bei der Geschäftsführung des Ausschusses eingereicht.

Herr Hofmann stellt die Frage in den Raum, wie eine aktive Mitwirkung und Entscheidungsfindung der Jugendlichen mit Hilfe der Stadtteilkoordinatoren gestaltet werden kann. Dabei verweist er darauf, dass die Jugendlichen motiviert und nicht unter Zwang gestellt werden sollen.

Die drei anwesenden Stadtteilkoordinatoren (Frau Verena Schmidt, Frau Sylke Schreier-Hennessee und Herr Daniel Spranger) erhalten nach Abstimmung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einstimmig Rederecht.

Herr Spranger teilt mit, dass es durch die Corona Situation schwierig gestellt ist, sich den Jugendlichen anzunähern. Die Interessenlage bzw. die Frage nach Themen, welche die Jugendlichen beschäftigen, bedarf der Klärung. Herr Spranger unterbreitet ebenso den Vorschlag, die Jugendlichen nicht in den Ausschuss direkt einzuladen, sondern ein Event zu organisieren, da dieses verstärkt das Interesse weckt. Ein solches Event kann einem Anfang gleichgestellt sein, durch welches sich Gespräche, Gedanken, Ideen etc. entwickeln können. Die Stadtteilkoordinatorin Frau Schmidt schlägt vor, sobald Events wieder stattfinden dürfen, dieses auf der Skateranlage zu veranstalten. Nach Aussagen von Frau Schmidt stellt die Einladung in den Ausschuss für die Jugendlichen eine große Hürde dar. Des Weiteren erscheint es ihr vorteilhaft, die Jugendsozialarbeiter sowie die Streetworker miteinzubeziehen. Diese haben im Vorfeld der Sitzung bereits Interesse bei ihr bekundet.

Herr Hofmann gibt den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit, die gesammelten Fragen vorzutragen.

Frau Labouvie gibt ein Statement zu den Aussagen der Stadtteilkoordinatoren ab und stellt ihre Fragen vor. Sie merkt an, dass es den Jugendlichen durch konkrete Fragen erleichtert werden kann, eigene Vorstellungen anzubringen.

Herr Hofmann stellt die Fragen von Frau Dr. Brückner vor und teilt mit, dass eine Unterstützung ihrerseits bestehen würde.

Frau Bartel weist daraufhin, dass einige Fragen der Mitglieder ähnlich lauten. Der Eventgedanke ist gut, jedoch aufgrund der momentanen Situation nicht umsetzbar. Der Kontakt über die Schulen war bisher nicht effektiv. Sie erläutert, dass herauszufinden ist, welche Anlaufpunkte bestehen, um eine Annäherung zu erleichtern.

Herr Hofmann betont noch einmal verstärkt, dass kein Zwang für die Jugendlichen resultieren soll.

Herr Haack bezieht Stellung zu den zuvor getroffenen Aussagen. Rückblickend hält er fest, dass das Thema bereits seit Jahren besprochen wird und es bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgreich war, die Jugendlichen auf der einen Seite zu aktivieren und auf der anderen Seite zur eigenständigen Beteiligung zu ermutigen.

Eine Unterstützung seinerseits ist gegeben, jedoch müssen die Jugendlichen eigenes Engagement zeigen.

Frau Labouvie appelliert für einen erneuten Versuch, die Kinder- und Jugendlichen politisch einzubeziehen, auch wenn in der Vergangenheit dies auf keine Resonanz stieß. Jugendliche und Menschen in ihrer Allgemeinheit durchleben einen zeitlich unterliegenden Wandel.

Für eine Erweiterung der Kommunikationsmöglichkeiten, wie zum Beispiel über die Presse, soziale Medien etc. plädiert Herr Hofmann. Eine Veranstaltung erachtet er als sinnvoll, wenn das Interesse der Jugendlichen zum Thema geweckt ist. Eine Voraussetzung dafür ist das bis jetzt fehlende Input.

Frau Labouvie schlägt vor, die gesammelten Fragen an die Schülervertretungen und an die entsprechenden Einrichtungen zu versenden und darauffolgend eine Auftaktveranstaltung in Zusammenarbeit mit den Stadtteilkoordinatoren zu organisieren.

Frau Dr. Gelinek teilt dem Ausschuss anknüpfende Informationen mit.

Sie gibt den Hinweis, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen anhand von Stufen gemessen werden kann. Sie stellt die einzelnen Stufen vor. Sie merkt an, dass sich der Ausschuss auf der ersten Stufe befindet und das Ziel des Kinder- und Jugendparlamentes sich auf Stufe sechs erwägt. Es müssen noch einige Zwischenschritte Beachtung finden, bis die Jugendlichen im eigenen Wirkungskreis übertragene Entscheidungen treffen können. Ein Aufbau einer Struktur ist dafür notwendig.

In diesem Zusammenhang spricht sie die Stadtteilarbeit als guten Ansatz an. Die Hansestadt Stralsund würde von einem Kinder- und Jugendparlament als Stadt profitieren, da der gesellschaftliche Zusammenhalt weitere Kräftigung erfahre. Im Zuge dessen erfolgt ebenso eine Stärkung der Identifikation mit der Hansestadt Stralsund. Des Weiteren wird die Planung effizienter, die Integration gefördert und der Aspekt der Prävention mit aufgegriffen.

Aus Sicht von Frau Dr. Gelinek liegt die Aufgabe zunächst bei den Erwachsenen. Dies kann durch eine Arbeitsgruppe, die sich explizit mit dem Thema Beteiligung auseinandersetzt, erreicht werden.

Frau Bartel bedankt sich für die ausführlichen Informationen von Frau Dr. Gelinek. Sie schlägt anstatt eines Events ein Projekt vor. Dabei kann der Anfang von einer Schule ausgehen, welcher weitere Schulen folgen werden. Sie verdeutlicht, dass zunächst ein Anfang gefunden werden muss.

Herr Spranger schließt sich den Äußerungen von Frau Dr. Gelinek an. Brisante Themen können für Gespräche eine Grundlage darstellen. Als ersten Schritt sieht er vor, den Informationsfluss anzuregen. Das bedeutet, die Jugendlichen über die Themen, die sie interessieren, zu informieren, sodass auch konkrete Abfragen und Bewertungen erfolgen können.

Herr Hofmann erfragt, ob Frau Dr. Gelinek ad hoc ein konkretes Projekt anbringen kann. Daraufhin entgegnet sie, dass bevor ein Projekt starten kann, sich eine Arbeitsgruppe finden sollte, welche als Ansprechpartner fungiert und Strukturen aufbaut.

Herr Haack äußert sich zu den getroffenen Aussagen. Dabei gibt er an, dass der beschriebene Bereich die Jugendarbeit darstellt. Fortführend bringt er den Vorschlag einer

Informationsveranstaltung an, bei welcher anschließend sich die Jugendlichen selbstständig zusammenfinden sollen. Lediglich Hilfe sollte zur Verfügung gestellt werden.

Frau Labouvie merkt dazu an, dass Kinder- und Jugendliche eine Anleitung benötigen.

Herr Hofmann stimmt Herrn Haack im Punkt der Eigeninitiative zu, jedoch sollte zuzüglich eine Anregung von außen kommen.

Herr Kühnel plädiert für eine zügige Lösung.

Frau Bartel spricht wiederholend an, dass die Schüler auf ein vorhandenes Angebot hingewiesen werden müssen. Erst dann ist es möglich, dass Projekte entwickelt werden. Sie stellt die Frage, wie die Jugendlichen an die Informationen kommen können, da bis zum jetzigen Zeitpunkt dies nicht ausreichend geschehen ist.

Aus Sicht des Ausschussvorsitzenden wäre der erste Schritt eine Arbeitsgruppe zu bilden, welche unterschiedliche Aspekte und verschiedene Personen vereint. Des Weiteren können dann Überlegungen zu einem möglichen Projekt angestellt werden.

Auf Nachfrage von Frau Labouvie, ob Frau Dr. Gelinek sich beteiligen würde, antwortet sie zustimmend darauf.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die sich mit dem Thema vorrangig beschäftigt.

In Zusammenarbeit mit Frau Dr. Gelinek wird über die Gestaltung der Arbeitsgruppe beraten. Diese wird in der nächsten Ausschusssitzung bekannt gegeben. Danach werden die Ideen der Arbeitsgruppe diskutiert und die Ergebnisse über die Presse durch Herrn Koslik und über die sozialen Medien mitgeteilt.

Herr Kühnel bittet darum, den Ausschussmitgliedern etwas Bedenkzeit einzuräumen bezüglich einer Teilnahme an der Arbeitsgruppe und dies über die Geschäftsführung des Ausschusses nochmals abzufragen.

Der Tagesordnungspunkt wird vom Ausschussvorsitzenden geschlossen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Madlen Zicker

Stralsund, 31.01.2022